

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Dienstag, dem **12.03.2013**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 29.01.2013**
- 4. Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 "Brahms/Lührs"
Vorlage: 051/2013**
- 5. Aufstellung eines Bebauungsplans Nr. 28 - Ortsmitte Sande -
Vorlage: 049/2013**
- 6. Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 28 - Ortsmitte Sande -
Vorlage: 050/2013**
- 7. Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren der TenneT Offshore GmbH
Vorlage: 058/2013**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Ruth Bohlke als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Jörg Beutz
Ratsherr Frank David
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Reinhard Oncken

Vertreter/in

Ratsherr Andreas Schindler Vertretung für Ratsherr Olaf Lies (MdL)

Zuhörer/in

Beigeordneter Matthias Lührs

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bohlke, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Einstimmig sprach sich der Ausschuss dafür aus, Einwohnerfragen direkt zum Tagesordnungspunkt Nr. 4 zuzulassen.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 29.01.2013**

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich zum Ergebnis der Anfrage im nicht-öffentlichen Teil zur Sicherheit der Ortsdurchfahrt Sande, woraufhin der Bürgermeister mitteilte, dass eine Anfrage bei der Bahn gestellt wurde, eine Antwort dazu jedoch noch aussteht.

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 "Brahms/Lührs"**
Vorlage: 051/2013

Nach der Vorstellung der wesentlichen Inhalte der eingegangenen Stellungnahmen und der daraufhin vorgenommenen Abwägung durch die Verwaltung vertrat die SPD-Fraktion die Auffassung, dass die Planung alle rechtlichen Vorgaben einhält und der Bebauungsplanänderung vor diesem Hintergrund positiv gegenüber gestanden wird. Gleichwohl wurde Verständnis für die Befürchtungen der Nachbarn gezeigt.

Zu den Abwägungsvorschlägen ergaben sich aus den Reihen der Bürger einzelne Fragen zu Formulierungen beziehungsweise zu derzeit bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplans. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf den vorhandenen Graben gelegt, da befürchtet wurde, dass durch eine spätere Verrohrung Nachteile für die anliegenden Grundstücke entstehen. Diesbezüglich verwies die Verwaltung auf die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans, die ein Anschlussrecht für die Anlieger im Falle einer Verrohrung sichern.

Es bestand übereinstimmend die Auffassung im Ausschuss, dass durch die Bebauungsplanänderung eine Besserstellung der Anlieger gegenüber der bisherigen möglichen Nutzung erfolgt. Aus diesem Grund signalisierte die CDU-Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung zur vorliegenden Planung.

Beschlussvorschlag:

Die zu dem ausgelegten Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 „Brahms/Lührs“ eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen. Den vorgelegten Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.

Der Rat beschließt die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 mit der Begründung als Satzung aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Aufstellung eines Bebauungsplans Nr. 28 - Ortsmitte Sande -**
Vorlage: 049/2013

Die SPD-Fraktion sprach sich ebenso wie die CDU-Fraktion für die Aufstellung des Bebauungsplans für die Ortsmitte aus, wobei die letztgenannte Fraktion es als wichtig erachtete, dass die Gemeinde Sande dem Aldi-Markt Entwicklungschancen einräumt.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 2 (1) BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), i. V. m. § 58 (1) Nr. 5 NKomVG in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), beschließt der Rat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 – Ortsmitte Sande -. Der Geltungsbereich ergibt sich aus der Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 28 - Ortsmitte Sande -**
Vorlage: 050/2013

Die Verwaltung stellte die Inhalte der Sitzungsvorlage mit der Ergänzung vor, dass in Ausnahmefällen Vorhaben zugelassen werden können, soweit öffentliche Belange diesem nicht entgegenstehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorliegende Satzung der Gemeinde Sande über eine Veränderungssperre.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren der TenneT Offshore GmbH**
Vorlage: 058/2013

Nach der Vorstellung des Sachverhaltes durch die Verwaltung wurde von einem Ausschussmitglied die komplett unterirdische Verlegung von Kabeln gefordert und dabei auf den Kostenfaktor hingewiesen, der durch die Übergänge von oberirdischen zu unterirdischen Kabelführungen entstehen.

Es gab einen kurzen Informationsaustausch zum Planungsstand der 380-kv-Leitung, die nach Aussage eines Ausschussmitgliedes nicht mehr benötigt wird.

Die CDU-Fraktion sprach sich ebenfalls für die Erdverkabelung aus, insbesondere vor dem Hintergrund der Gefahr, dass oberirdische Leitungen unter einer Eislast zusammenbrechen könnten.

Beschlussvorschlag:

Zur vorliegenden Planung der TenneT Offshore GmbH wird eine Stellungnahme abgegeben, die inhaltlich der Argumentation aus dem Jahre 2009

zur geplanten 380-kv-Hochspannungsleitung entspricht und mit dem Hinweis auf die von oberirdischen Leitungen ausgehenden Gefahr des Zusammenbruchs durch Eislast ergänzt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.

Schluss der Sitzung: 18:15 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin